

Reichstagschluß.

Der Reichstag geht am 13. Juli in die Ferien, um im Spätherbst, Anfang November, seine Arbeit wieder aufzunehmen. Der Hauptausgangspunkt ist in den ersten Oktoberwochen wieder zusammenzutreten. Da der Reichstag nicht geschlossen, sondern nur verlagert wird, bleibt die Möglichkeit seiner früheren Einberufung durch den Präsidenten offen. Präsident ist jetzt Reichsbank, von einer früheren Entschlüsselungsgeschichte zugunsten ist als dem bevorstehenden Kamps, ihm ist in der Person Dawidowskis auch ein sozialdemokratischer Element beigefügt. Hauptsächlich darf man jetzt mit mehr Vertrauen als früher an die Möglichkeit denken, daß die Nationalversammlung einer unübersehbaren Tagung des Reichstags nicht nur eintrifft, sondern auch vom Präsidium anerkannt werden dürfte.

Der Sozialdemokratische Fraktion ist es gelungen, die Vorlagen der Regierung nach der Zeit der Verabschiedung hin stärker auszubauen, nicht aber die ungeheure Belastung aller Bekarrierungsstände durch die Umstrukturierung und Verleinerung der Beiträge durch Steuern und Brantverpflichtungen zu verhindern. Die Partei ist ihrem alten Grundgedanken treu geblieben, Steuern auf den Reichstag anzunehmen und Steuern auf die Kräfte abzulehnen. Die Gesamtheit der Steuerentwürfe ist also nicht durch die Mehrheit angenommen worden, die man gewöhnlich als die Reichstagsmehrheit zu bezeichnen pflegt. Es hat sich auch hier gezeigt, daß die Sozialdemokratie mit den bürgerlichen Parteien der Reichstag nur soweit geht, als sie es im Interesse der Wähler für unbedingt notwendig hält, aber keinen Schritt weiter.

Die Folgen der angenommenen Steuerentwürfe für unser gesamtes wirtschaftliches Leben werden tief einschneidend sein. Aber in dieser Zeit kommt eben etwas zum Ausdruck: im Verhältnis zu den Wirkungen des Krieges im allgemeinen auf die Wirtschaft sind selbst die Bestimmungen einer Vier-Milliarden-Steuerentwürfe verhältnismäßig klein. Man schließt sich in das Unvermeidliche.

In der letzten Sitzung des Hauptausschusses ist der Reichstagsrat, von der Sozialdemokratie gedrängt, in seinen Erklärungen über Belgien etwas deutlicher geworden. Alles in allem kann man sagen, daß im Nachhinein der beiden großen politischen Erklärungen die von der Sozialdemokratie betriebene einen Rückschlag erfahren hat. Grundsätzlich richtig, das offen auszusprechen. Aber der Kampf ist nicht entschieden, sondern nur bestritten, und nach den neuesten Erklärungen des Reichstagsrats erscheint der Erfolg der Alldeutschen in mehrerlei Hinsicht beeinträchtigt. Wirkliche Entscheidungen erwartet man erst für den Herbst. Man wird den neuen Staatssekretär v. Hüppe drei Monate arbeiten lassen und dann aufsehen, ob seine Tätigkeit den Richtlinien entspricht, welche sich die Mehrheitsparteien für die politische Aktion zur Verteidigung des Krieges vor Jahresfrist zurechtgelegt haben. Auch die Gesamtregierung wird bis dahin den Beweis zu führen haben, daß sie von ihrem Kurs nicht abzuweichen ist. Im Herbst gibt es auch in diesen Fragen kein Ausweichen mehr, weil die Welt dann gedeutlich zu einer klaren Entscheidung drängen wird.

Dennoch in Wahrheit trifft es ja nicht zu, wenn man die Lage im Herbst, namentlich die Lage für Berlin, Pader und Hüppe, davon abhängig macht, was diese selbst tun, sondern tatsächlich wird entscheidend sein, was bis dahin auf dem Schlachtfeld vor sich geht und wie sich bis zum Herbst die Friedensaussichten gestalten. Ein durchschlagender Erfolg an der Front würde die Lage der Regierung naturgemäß sehr günstig gestalten, während umgekehrt eine Beschränkung der Erfolge auf rein örtliche Fortschritte starke Enttäuschung hervorrufen würde. Denn dann würde die Anschauung um sich greifen, daß nicht nur dieser Krieg nicht lediglich mit militärischen Mitteln zu Ende geführt werden kann — das versteht sich ja eigentlich von selbst —, sondern daß auch militärische Offenbarungen nicht wesentlich zum Friedensschluß beitragen könnten. Daraus müßte dann auch politisch die Folgerung gezogen werden.

Einstweilen aber hat der Reichstag wahrscheinlich Pause bis zum November, der Hauptausgangspunkt bis zum Oktober. Dann wird das deutsche Volk vor neuen Tatsachen sehen, und wir haben die Hoffnung, daß sie günstig sein und auf ein glückliches Kriegsende hindeuten werden.

Streikunruhen in Petersburg.

Relunion meldet: Die Arbeiter der Ambroskaja-Fabrik in Petersburg sind in den Ausstand getreten und haben öffentlich erklärt, sich den Sozialrevolutionären anzuschließen. Der Streik soll als eine Protestkundgebung gegen die Bolschewiki-Regierung gelten. Einige Hundert Arbeiter wurden verhaftet und nach Schlüsselburg und Kronstadt gebracht. Die Rote Garde wurde von der Kavallerie unterstützt. Als die streikenden Massen die Straßen durchziehen wollten, wurden sie von Militär angegriffen. Bei den Zusammenstößen haben viele Arbeiter den Tod gefunden. Die streikenden Arbeiter wurden entlassen und durch neue Kräfte aus der Arbeitshölle ersetzt.

Die Moskauer Presse meldet, daß in Petersburg ein Kriegsvollzugskomitee unter Ustrych die Obliegenheiten des bisherigen Sowjets der Kommissare für die nördliche Kommune des Petersburger Festungs übernommen hat und die nichtbolschewistischen Kommissare absetzte. Das Revolutionskomitee hat strenge Kontrolle des Verkehrs in den Straßen befohlen und das Waffenentzug und Annehmen des Publikums verboten sowie die Entwaffnung aller Kampftruppen der Sozialrevolutionäre angeordnet.

Einer neuen Verfügung zufolge sollen zum Militärdienst vorwiegend arbeitslose Arbeiter herangezogen werden. Man will genau darauf achten, daß die bürgerlichen Elemente fernherhin nicht eingezogen werden, da sie in den Reihen der Roten Garde demoralisierend

wirken und die Waffen in ihren Händen gefährlich werden könnten.

Die Gabel aus Peking meldet, haben die Tschcho-Slowaken die Bolschewiki in der Gegend zwischen Tobolsk-Somvalatinsk und Toelapinsk zurückgeworfen. Freiwillige Abteilungen operieren zusammen mit den Tschcho-Slowaken.

Vor Amerikas Antwort.

Tokio, 12. Juli. Der Bericht aus Washington, daß Japan beschlossen habe, das Ersuchen der Entente-Mächte, unter allen Umständen in Sibirien vorzugehen, zurückzuweisen, wird amtlich für unrichtig erklärt. In Japans Haltung ist keine Veränderung eingetreten. Amerikas Antwort über die Angelegenheit wird abgewartet.

Der erregte Sowjetkongress.

Die Anfänge des Kongresses, der am 4. Juli begann, waren ungemünzt. Aus Nowoje Schiza und Kasch Wjele werden jetzt Einzelheiten bekannt, die der Sozialdemokratische Fraktion wertvoll ist. Der Kongress wurde im Großen Theater eröffnet. In seiner Lage saßen die Vertreter der Entente-Mächte, darunter der englische Generalkonsul Vohardt, in einer anderen Lage der deutsche Legationsrat Niegler. Man bemerkte sofort, daß die Sozialrevolutionäre sich von den Bolschewiki fernhielten und untereinander lebhaft Erörterungen hielten. Nach den üblichen Begrüßungsreden erhielt das Wort der ukrainische Delegierte Niegandrow. Von härmischem Welsch begrüßt, sagte er: Ich komme von einem Geheimkongresse in der Ukraine, wo die Bourgeoisie und der von den Deutschen unterstützte Skoropadski herrschen, in das Land der eisernen Diktatur der Arbeiter und Bauern, wo indessen der Leiter der Regierungsmacht Verhandlungen mit Skoropadski führt und unter sich den Führer der deutschen Imperialisten, den Grafen Mirbach, bildet. (Stürmischer Beifall der Sozialrevolutionäre.) Der Redner schilderte darauf die Stimmung in der Ukraine und verlangte, daß das Joch des Feindes von West-Bilostoff abgestreift werde. Der Rede folgten lebhaft Beifallsäußerungen, aber auch Proteste seitens der Bolschewiki. Die Sozialrevolutionäre begannen drohend gegen die Bolschewiki zu gestikulieren und riefen: Nieder mit West! Nieder mit Mirbach! Erst nach großen Anstrengungen gelang es, die Ordnung wiederherzustellen. Ein neuer Zwischenfall folgte, als die Sozialrevolutionäre sofortige Abschaffung der Todesstrafe verlangten. Die Bolschewiki bekämpften die sofortige Behandlung der Abschaffungsfrage. Es kam daraufhin zu härmischen Szenen. Die Sozialrevolutionäre riefen: „Mirbach! Palast! Heiser!“

Darauf sprach Trozki. Er erinnerte an gefährliche Symptome innerhalb der Roten Armee, von der ein Teil dem autoritären Verbot zum Trotz, gegen die deutschen Truppen an der Ukrainefront die Offensive eingeleitet habe. Daraus beurteilte er die Tschcho-Slowaken, schilderte seine bekannnten Maßnahmen zur Unterdrückung der sibirischen Bewegung. Die Sozialrevolutionäre schrien: „Ihr erfüllt den Willen Mirbachs!“

Nach Trozki sprach Kamkow: „Wir haben keineswegs mit den Propagandisten an der Ukrainefront zu schaffen!“ sagte er, „auch nicht mit betrunknen Truppen, sondern mit geundeter Ideologie und Psychologie bei jenen, die nicht Zeuge sein wollen, wie die deutschen Imperialisten die ukrainischen Bauern unterdrücken. Sie wollen nicht geduldet aufkommen, wie unsere Brüder in der Ukraine von diesen unwürdigen Kanakeln erschossen werden.“ Bei diesen Worten richtete Kamkow den Blick gegen die Lage des deutschen Legationsrats. Die Bolschewiki protestierten lebhaft. Die Sozialrevolutionäre erhoben sich und schrien durch den ganzen Theateraal: „Nieder mit diesen Mörder! Heraus mit ihnen! Nieder mit Mirbach!“

Darauf wurde die Resolution vorgelegt, welche die Frage über Krieg und Frieden in die Hände des allrussischen Sowjetkongresses legt. Karelin erklärte im Namen der Sozialrevolutionäre, daß sie an der Abstimmung nicht teilnehmen, worauf sie den Saal verließen. Damit brachen die Sozialrevolutionäre endgültig mit den Bolschewiki, und die Einordnung Mirbachs besiegelte den Bruch.

Die Anklage gegen Bratiansu und Genossen.

Bukarest, 13. Juli. Wie bereits kurz gemeldet, verlas in der gestrigen Sitzung der rumänischen Kammer Deputierter Georg Stoici unter härmischem Beifall den aus der Initiative des Parlaments hervorgegangenen Antrag auf Erhebung der Anklage gegen die Regierung, die Rumänien in den unheilvollen Krieg verwickelt hat. Der Antrag ist von 20 Deputierten unterzeichnet und wurde gemäß dem Gesetz über die Ministerverantwortlichkeit und den Bestimmungen der Geschäftsordnung den Abteilungen der Kammer überwiesen. Dem Gesetze entsprechend wird die Anklage nach fünf Tagen, d. h. Mittwoch, den 17. Juli, auf die Tagesordnung der Kammer gesetzt werden. Die Anklage stützt sich auf die Verletzung des Artikels 122 der Verfassung und auf die Artikel 1 bis 4 des Gesetzes über die Ministerverantwortlichkeit. Sie wurde erhoben gegen den ehemaligen Ministerpräsidenten Jogh Bratiansu, der vor Ausbruch des Krieges gleichzeitig Kriegsminister und später Minister des Auswärtigen war, sowie gegen den Minister Dimitrie Bratiansu, Emil Costinescu, Alexandru Conantinescu, B. G. Rortigan, Viktor Antonescu und C. Anghelescu und den ehemaligen Vizepräsidenten des Ministerrats Tok Jonescu.

Die Anklagepunkte sind folgende: 1. Verfassungswidrig wurde der Einmarsch russischer Truppen in rumänisches Staatsgebiet ohne Zustimmung der Volksvertreter gestattet. 2. Hat die Regierung schuldhafterweise die Armee vernachlässigt, trotzdem ihr reichlich Zeit und Geld zur Verfügung standen. 3. Die Armee war desorganisiert, weil die vorbereitenden Arbeiten nur wenigen unfähigen Händen anvertraut waren und der Generalstab und die anderen geschäftlichen Dienststellen unordentlich angeordnet waren. 4. Oeffentliche Interessen wurden dadurch geschädigt, daß gewissen Personen Ausführungsbefugnisse für Getreide, Benzin usw. zur Ver-

setzung unberechtigter Gewinne und zum Schaden des Staates erteilt wurden. 5. Unrechtmäßig wurden der Staatsschatz, Besitz von Privatens sowie öffentliche Urkunden und Archive ins Ausland geschafft. 6. Eisenbahnzüge und Transportmittel wurden mißbräuchlich zur Rettung der persönlichen Habe der Minister und Beamten, anstatt zum Transport von Verwundeten, Truppen und Munition verwendet. Aus diesem Grunde ging ein großer Teil der Kriegsbekämpfung und Gerätes im besetzten Gebiet verloren. 7. Bei der Klümmung des später besetzten Gebietes wurden mißbräuchlich von 15 bis 17 Jahren mitgeschleppt, von denen eine größere Zahl infolge Fahrlässigkeit und vollständigen Mangel an Hülfsmitteln gestorben ist. 8. Ein großer Teil öffentlichen und privaten Vermögens wurde auf Befehl der Regierung durch Verhaftung und ander Mittel gerührt, ohne daß dies zur nationalen Verteidigung erforderlich gewesen wäre. 9. Mitglieder des Parlaments wurden durch Verletzung verhaftet, ihr Recht nicht ausübend. Die Vertretung wurde über die weltliche Lage der Staatsangehörigen getäuscht. Einzelne, zur Führung der Staatsgeschäfte unerlässliche Beamten wurden unzulässigerweise ins Ausland verlegt und öffentliche Beamte durch ungesetzliche Drohungen zur Durchführung dieser Befehle gezwungen. 10. Die Regierung hat, ohne die Zustimmung der Volksvertretung eingeholen, in gefahrdrohender Weise die rumänische Flotte dem russischen Staate abgetreten, der sie unter keine Flagge verwendete.

Der U-Bootkrieg.

Berlin, 13. Juli. (Kontlich.) Auf dem nördlichen Kriegsschauplatz vernichteten unsere U-Boote 15 000 W.-R.-Z. feindlichen Handelschiffraums. Drei von den versenkten Dampfern wurden aus stark gesicherten Geleitzügen herausgeschossen.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Die ungarische Wahlreform.

Weserte gegen Auflösung. — Annahme des Vermittlungsvorschlags. Die Gesetzentwürfe über die Wahlreform wurde im ungarischen Abgeordnetenhaus mit großer Mehrheit als Grundlage der Gesetzgebung angenommen.

Vor Schluß der Erörterung ergriff Ministerpräsident Dr. Weserte das Wort. Er sagte, im Verlaufe der Beratung ist es zu Tage getreten, daß die Wahlreform in diesem Hause nicht in dem Umfange durchgesetzt werden könne, wie die Regierung es beabsichtigt habe. Er habe es jedoch vermieden, zur Auflösung zu schreiten, weil diese die Aufregung infolge der Wahlkämpfe vergrößern und die Wahlreform mindestens um ein Jahr hinausschieben würde.

Der Ministerpräsident wies darauf hin, daß die jetzige Lage immerhin bedeutende Fortschritte aufweise. Auch werde insoweit in der Vorlage enthaltenen Bestimmungen die Zahl der Wähler sich automatisch vermehren. Das Frauenstimmrecht habe der Ausschuss abgelehnt, doch werde die Regierung in der Einzelberatung eine besondere Abstimmung beantragen.

Der Ministerpräsident erklärte schließlich, er habe sich auf dem Grunde der Vermittlungsvorschläge angenommen, weil die Vorlage immerhin einen gewissen Fortschritt bedeute und es ermöglicht werde, wichtige Aufgaben zu lösen. Namentlich werde die Reform der nationalen Armee, die er als Voraussetzung für seine Rückübernahme betrachtet habe, durchgeführt werden. Der Ministerpräsident empfahl die Vorlage zur Annahme.

Frankreich.

Dart bekräftigt Arbeiterführer.

Bern, 11. Juli. Der Verband der Mechaniker des Eisendepartements richtete einen langen Brief an Clemenceau und bewies sich bitter über die harte Bestrafung der Arbeiterdelegationen, die anlässlich des letzten Ausstandes und der letzten Arbeiterbewegung in Frankreich verhaftet wurden. Von 100 festgenommenen Delegierten seien 41 an die Front geschickt und beinahe alle anderen in Fabriken der Nord- und Eisendepartements verwendet worden. Die Arbeiterführer hätten ein Anrecht auf mildere Bestrafung gehabt. Die Arbeiter beschwerten sich ferner, daß durch Ausschreitung von Verhaftungen über überlebende Streiks zwischen der Arbeiterfront und den Arbeitgebern künstlich Mißtrauen gefügt werde, so daß viele Arbeiter lieber sich weigerten, mit Arbeiterdelegationen zu verhandeln. Dies Gewaltpotential habe schon viel Unheil angerichtet und müsse endlich aufgehoben werden.

Die Verurteilungen im Bonnet-Rouge-Prozess verworfen. Amsterdam, 13. Juli. Reuter berichtet aus Paris: Der Kassationshof verwarf alle Verurteilungen der im Prozeß Bonnet-Rouge verurteilten Personen.

Großbritannien.

Auflösung teilscher Agitationsorganisationen.

Frankreich hat eine Proklamation erlassen, die auf Grund eines besonderen Gesetzes aus dem Jahre 1888 die Auflösung der teilschen Agitationsorganisationen ankündigt. Es sind dies der Einheitsverband, die Gälische Liga und die angegliederten Organisationen verbannter Ziele.

Lloyd Georges Friedensbedingungen.

Die aus französischen Blättern hervorgeht, enthält die Rede, die Lloyd George nach dem Vorbeimarsch der Truppen in amerikanischen Lager hielt, einen Satz, der im ersten Moment nicht übermittelte wurde. Lloyd George sagte in der Rede zu den amerikanischen Truppen: „Wenn der Kaiser und seine Leute die von Ihrem Präsidenten definierten Bedingungen annehmen, kann er den Frieden nicht nur mit Amerika, sondern auch mit Großbritannien und Frankreich haben. Aber es besteht kein Anzeichen dafür, daß er eine solche Absicht hat.“ Er fügte hinzu: „Wir fordern nicht einen Meter Erde von Deutschland und wir wünschen nicht, es beliebigen Volk zu berauben, auf den es ein Recht hat.“

Diese Äußerung Lloyd Georges ist, wie jeder sich ableiten kann, ein sehr wichtiger Hinweis auf den Stand der Dinge in diesem Kriege und verdient die Aufmerksamkeit der Deutschen. Es läßt sich zum Beispiel nicht daraus entnehmen, wie Lloyd George zur elfjährigen französischen Frage steht. Die Deutschen nach der Meinung des englischen Ministerpräsidenten ein Recht auf Besitz-Übertragungen oder nicht?